

47. **JU** NRW-Tag

**RAUS AUS DEN
Schulden!**



Aktueller Beschluss

**zum 47. JU NRW-Tag
am 24. und 25. November 2012 in Bocholt**

Solidarität mit Israel – Deutschland als verlässlicher NATO-Partner

1. Die JU steht in fester Solidarität zu Israel!

Zu den wichtigsten Wurzeln der Jungen Union gehörte die tiefe Freundschaft mit Israel. Deswegen bekräftigen wir in dieser Situation und in diesen Tagen unsere feste Solidarität zu unseren israelischen Freunden. Für uns gilt die Zusage, die Bundeskanzlerin Merkel 2008 vor der Knesset zum Ausdruck brachte: Die historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels ist Teil der Staatsräson unseres Landes und niemals verhandelbar.

2. Die Kritik der palästinensischen Regierung an der Haltung der Bundesregierung ist falsch!

Dies Aussage von Abdallah al Frangi, persönlicher Berater von Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, die Nahostpolitik der Bundesregierung sei einseitig, oberflächlich und unausgewogen (Rheinische Post, 20.11.2012), weisen wir zurück. Deutschland leistet viel und wichtige humanitäre Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung. Zugleich unterstützt die Bundesregierung politisch die palästinensischen Kräfte, die an einer friedlichen Lösung des Konfliktes arbeiten. Fundamental für den Frieden ist allerdings die Forderung die Bundesregierung: Die Hamas muss die Angriffe auf die israelische Bevölkerung einstellen, d.h. die am 21.11.2012 ausgehandelte Waffenruhe dauerhaft einhalten, und ihr Waffenarsenal auflösen.

3. Israel hat Recht auf Selbstverteidigung!

Die Hamas ist eindeutig verantwortlich für die Verschärfung der Lage im Nahen Osten. Die Maßnahmen, die die israelische Regierung durchgeführt hat, sind legitimiert. Sie dienen der Selbstverteidigung und schützen die eigene Zivilbevölkerung. Denn der permanente Beschuss durch Kassam-Raketen und durch Attentate, wie am 21.11.2012 in Tel Aviv, sind eine nicht hinnehmbare, ständige Gefahr für Leib und Leben der israelischen Bevölkerung.

4. Keinen UN-Beobachterstatus für Palästina, solange die Hamas eine gezielte Eskalationsstrategie verfolgt!

Am 29. November will der palästinensische Präsident Mahmud Abbas in der UN-Vollversammlung den Status als "beobachtender Nicht-Mitgliedstaat" ("non member observer state") für Palästina beantragen. Im letzten Jahr ist ein Antrag auf Vollmitgliedschaft durch ein Veto der USA im Sicherheitsrat gescheitert. Über den Beobachterstatus entscheidet dagegen alleine die Vollversammlung.

Solange die Hamas eine gezielte Eskalationsstrategie verfolgt, ist es nun ein völlig falsches Zeichen, die palästinensischen Autonomiegebiete durch einen UN-Beobachterstatus völkerrechtlich aufzuwerten. Die Bundesregierung soll bei dieser Frage auf eine möglichst einheitliche ablehnende Haltung der EU-Staaten drängen und mit Nein stimmen. Denn ein Nein wäre in der jetzigen Situation ein deutliches Zeichen der Solidarität mit Israel!

5. Zwei-Staaten-Lösung nur nach erfolgreichen Friedensgesprächen!

Diese einseitige, gegen den israelischen Willen gerichtete Initiative der palästinensischen Seite trägt zu einer Lösung des Konflikts nichts bei. Ganz im Gegenteil, es verschärft die ohnehin gefährliche Situation noch mehr. Eine Anerkennung Palästinas als souveränen Staat kann es nur bei erfolgreichen bilateralen Friedensgesprächen geben, auf keinen Fall gegen die berechtigten Ängste der israelischen Seite.

6. Deutschland muss ein verlässlicher NATO-Partner sein!

Die Junge Union Nordrhein-Westfalen setzt sich dafür ein, dass Deutschland seiner Rolle als verlässlicher Bündnispartner innerhalb der NATO gerecht wird und dem türkischen Unterstützungsgesuch nachkommt. Das ist ein deutliches Bekenntnis zum Transatlantischen Bündnis. Wir unterstützen damit die Position des Bundesverteidigungsministers Thomas de Maizière, der hierzu sagte: "Deutschland war 45 Jahre der Hauptnutznießer von Bündnissolidarität. Wenn jetzt ein Bündnispartner uns um eine solche Maßnahme bittet, dann ist es für uns klar, dass wir dem offen und solidarisch gegenüberstehen."

7. Erdogans Israel-Kritik ist indiskutabel!

Zugleich kritisieren wir in aller Schärfe die indiskutablen Aussagen des türkisches Premiers Recep Tayyip Erdogan über den Staat Israel und dessen militärische Maßnahmen. Hier hat sich der türkische Regierungschef – leider nicht zum ersten Mal – in Wortwahl und in der Sache selbst völlig vergriffen. Erdogans antiisraelische Polemik ist eine Belastung für das deutsch-türkische Verhältnis.